Hagen Reinhold

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag FDP

ABGEORDNETER DER FREIEN DEMOKRATEN IM BUNDESTAG

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche hatten wir zwei öffentliche Anhörungen, bei denen wir uns mit Experten zu aktuellen Politikthemen beraten haben. Da wir uns als Bundestagsfraktion natürlich auch im regelmäßigen Austausch mit den FDP-Regierungsfraktionen der Länder sind, hatten wir für ein weiteres Fachgespräch den Wirtschaftsminister Buchholz aus Schleswig-Holstein zu Besuch. Wir laden zu solchen Fachgesprächen verschiedene Sachverständige ein, wenn wir uns zu bestimmten Anträgen mit der Fachwelt austauschen wollen. Diese Woche war das über Wohn- und Obdachlosigkeit und über den Anbau von medizinischem Cannabis. Mit dem Regierungsvertreter aus unserem Nachbarland diskutierten wir über die Flüssiggas-Terminals an der Küste. Aber auch der allgemeine Plenumsbetrieb kam diese Woche nicht zu kurz: Wir haben die deutsch-französische Zusammenarbeit mit einem weitreichenden Abkommen vertieft und sind mit einem eigenen Antrag zur Reform der Grundsteuer gegen das Bürokratiemonster der Regierung vorgegangen. Außerdem wollen wir die Zulassung von E-Scootern und Hoverboards in Deutschland endlich rechtlich erlauben. Wie Sie sehen, war es eine bewegte Woche - aber lesen Sie selbst...

Ihr Hagen Reinhold

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

Öffentliche Anhörung im Bauausschuss zur "Wohn- und Obachlosigkeit"

Diese Woche hatten wir im Ausschuss die nächste öffentliche Anhörung. Acht Experten aus Sozialverbänden, Kommunalverbänden, den Städten und Ländern berieten uns in Fragen der Wohn- und Obdachlosigkeit. Es wurde nochmals hervorgehoben, dass die Lösung dieser Probleme nicht in der Begrenzung von Mieten oder dem Bau neuer Sozialwohnungen liegt. Es müssen alle Akteure eingebunden werden, der Bund, die Kommunen, aber auch die privaten Vermieter. Nur so können wir den Meschen wirklich helfen. Dazu gehören u.a. Maßnahmen, die wir Freie Demokraten unterstützen. Eine Dynamisierung des Wohngeldes wurde gefordert, genauso wie Vereinfachungen im Baurecht und eine allgemeine Wohnungsnotfallstatistik. Wirklich begeistert hat mich das Modell der Stadt Karlsruhe. Die Stadtverwaltung fährt dort mit allen Beteiligten eine gemeinsame Politik, um Wohn- und Obdachlosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern aktiv und grundlegend zu verhindern. So wird beispielsweise den Vermietern eine Plattform geboten, bei ausbleibenden Mietzahlungen ihrer Mieter das Amt zu kontaktieren. Dadurch soll schon von Beginn an Vertrauensverlust und Schuldenanhäufung verhindert werden. Ausstehende Mietzahlungen sind sowohl für Mieter wie auch Vermieter eine enorme Belastung, gerade weil in Deutschland oft eine enge und persönliche Beziehung zwischen beiden herrscht. Eine gute Kommunikation von Anfang an steht am Beginn jeder verhinderten Räumungsklage.

Hier der Link zur Aufzeichnung der Anhörung.

Öffentliche Anhörung im Gesundheitsausschuss zu "MedizinalCannabis-Anbau"

In dieser Woche fand zum Thema medizinischer Cannabis eine öffentliche Expertenanhörung statt. Bisher hat es die Bundesregierung noch nicht geschafft, den Anbau von medizinischem Cannabis zu realisieren und sich über die Anbaumenge zu einigen. Aber wir wollen die richtigen Weichen bereits jetzt stellen und haben daher eine Antrag dazu eingebracht. Unser Antrag fordert, dass in Deutschland die Anbaumenge erhöht wird, aber auch der Export von Medizinalcannabis ermöglicht werden soll. Bislang ist die Ausfuhr aus deutschem Anbau nicht vorgesehen. Überschüssige Pflanzen werden vernichtet. Dabei böte gerade der Export durchaus Chancen für die Landwirtschaft, die Industrie und den Handel. Es müssen daher endlich Möglichkeiten geschaffen werden, Medizinalcannabis zu exportieren und auch gezielt zum Export anzubauen. Auch im Hinblick auf die deutschen Steuerzahler macht das Sinn, denn der Anbau von medizinischem Cannabis ist eine staatliche Angelegenheit. Werden überschüssige Ernten vernichtet, werden de facto Steuergelder vernichtet. Mehrere Sachverständige gaben uns Recht und befürworteten, in Deutschland produzierten Cannabis auch für den Export vorzusehen. Dies würde die Versorgungssicherheit erhöhen, denn laut den Medizinern. ist absehbar, dass die zur Produktion ausgeschriebenen Mengen zukünftig nicht ausreichen werden, um den inländischen Bedarf zu decken. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) könnte Lose für unterschiedliche Blütensorten in größeren Mengen vergeben. Das nicht benötigte Cannabis könnte dann auf dem internationalen Markt angeboten werden. Dadurch würde sich das wirtschaftliche Risiko durch Fehlbeschaffungen für den Staat markant verringern. Auch die Anreize für Produzenten werden dadurch liberalisiert und bieten eine Grundlage, auch seltener nachgefragte Blüten anzubauen und eine höhere Auslastung zu erreichen. Das wiederum würde die Kosten senken und die Patienten würden profitieren, weil die für sie optimalen Blüten mit höherer Sicherheit und in ausreichender Menge verfügbar wären.

Die Anhörung war für die Diskussion um das Thema sehr bereichernd und ich habe gern daran teilgenommen. Aber sehen Sie weiter unten, warum ich die Anhörung fast verpasst hätte.

Hier der Link zu unserem Antrag.

Was war im Ausschuss:

Auf Grund der öffentlichen Anhörung war für die Ausschusssitzung diese Woche wenig Zeit. Natürlich bleibt deshalb die reguläre Arbeit im Ausschuss nicht liegen. Diese Woche hatten wir auf der Tagesordnung einen Bericht der Bundesregierung über die Normen im Baubereich. In einer Norm wird beschrieben, welche Anforderungen und Eigenschaften ein Produkt oder ein Verfahren aufweisen muss. Das bekannteste Beispiel ist das DIN A4-Papier. Durch die einheitliche Normierung passt es in jeden Drucker. Im Baubereich gibt es allerdings inzwischen so viele Normen, die schlicht überflüssig sind und das Bauen immer teurer und langwieriger machen. Die FDP forder schon lange, dass hier Vereinfachungen kommen müssen, um beispielsweise günstigere Wohnungen anbieten zu können. Leider zeigt der Bericht, was die Regierung unter Abhilfe versteht. Sie will noch mehr Strukturen schaffen, die sich mit der Normgebung befasst. Das wäre dann die zigtse Stelle und ich bin mir sicher, bald brauchen für die verschiedenen Stellen, die sich mit Normen befassen, eine eigene Norm.

Ein weiterer Punkt auf der Tagesordnung war ein Antrag der Linken zur Einführung von kostenlosem Nahverkehr. Hier begann schon bei dem Wort "kostenlos" die Debatte, denn wenn die Umsätze aus dem Ticketverkauf wegfallen, muss dafür Steuergeld verwendet werden. "Kostenlosen" Nahverkehr kann es also gar nicht geben, die Kosten werden nur auf die Allgemeinheit abgewälzt. Dann frage ich mich als Liberaler aber, warum der Radfahrer für den ÖPNV-Nutzer mitbezahlen soll? Genauso wenig verstehe ich, warum Passagiere mit einem hohen Einkommen durch Steuergeld subventioniert werden sollten, wenn sie sich die Ticketpreise doch problemlos leisten könnten. Diese "Logik" kann ich einfach nicht nachvollziehen, darum haben wir den Antrag natürlich abgelehnt.

Was war im Plenum:

Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen.

Die deutsch-französische Freundschaft steht auf einem festen Fundament. Seit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages vor 56 Jahren haben sich enge und vielfältige Beziehungen entwickelt. Mit dem Abkommen sollen die bilaterale parlamentarische Zusammenarbeit institutionalisiert und die deutsch-französischen Beziehungen vertieft werden. Mit breiter Mehrheit wurde so auch der Antrag auf eine noch engere Zusammenarbeit mit der französischen Nationalversammlung. Darin haben wir Freien Demokraten gemeinsam mit den Fraktionen CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen gefordert, die vorgelegte Fassung des Deutsch-Französischen Parlamentsabkommens anzunehmen.

Mit der Umsetzung des Parlamentsabkommens wollen wir die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Parlamenten zu einer Arbeitsbeziehung ausbauen und das Verständnis über die Positionen des jeweils anderen Parlaments verbessern. So schaffen wir eine deutsch-französische und eine europäische Öffentlichkeit. So können wir auch andere internationale und europäische Angelegenheiten von gemeinsamen Interessen parlamentarisch begleiten, insbesondere die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Hier der Link zum Antrag.

Die Grundsteuer darf nicht zum Bürokratiemonstrum werden.

Mit unserem Antrag zur Grundsteuer fordern wir, die bürokratische Belastungen bei der Grundsteuerreform zu minimieren, die Reform aufkommensneutral vorzunehmen und eine einfache Form der Grundsteuer einzuführen. Wir wollen keine Modelle, die sich auf Baukosten beziehen oder mit komplizierten Bewertungsfragen verbunden sind. Die bisherigen Pläne von Finanzminister Scholz werden ein wahres Bürokratiemonster erschaffen. Alleine Bayern wird zweitausend neue Beamte in den Finanzämtern benötigen, um die Grundsteuerpläne der Regierung umzusetzen. Auch in M-V wird im Ministerium sicher schon gerätselt, wo man die Fachleute für die Bewertung der Milionen Grundstück hernimmt. In ganz Deutschland wird auf die Länder eine Kostenwelle zurollen, die zu massiven Mehrkosten führen wird. Hier zeigt sich beispielhaft der Regierungsstil der Großen Koalition: Komplizierte Probleme durch noch kompliziertere Lösungen ersetzen, die viel mehr Geld kosten und dabei alle anderen komplizierten Probleme wie den Fachkräftemangel in den Ämtern ignorieren.

Hier der Link zum Antrag.

Flexible Mobilität schnell und innovativ ermöglichen - E-Scooter und Hoverboards jetzt bürgerfreundlich zulassen.

Eine moderne und flexible Mobilität muss endlich auch auf die Praxis übertragen werden. Immer mehr Menschen greifen heute schon auf alternative Mobilitätsstrukturen zurück. Nicht nur emissionslose Fortbewegungsmittel wie Fahrräder, Inliner und Roller gewinnen zunehmend an Attraktivität - auch Elektrokleinstfahrzeuge finden einen großen Anklang auf dem Markt, insbesondere als praktisches Vehikel für "die letzte Meile". In Deutschland besteht jedoch im Bereich der Elektrokleinstfahrzeuge großer Nachholbedarf. Während in Paris und Brüssel E-Scooter die Bürgersteige säumen, sind Elektrokleinstfahrzeuge auf deutschen Straßen immer noch nicht zulässig. Das schmälert den Anreiz für die Unternehmen, neue und innovative Fahrzeuge zu produzieren und den Kunden fehlt es an Attraktivität, für die letzte Meile beispielsweise einen E-Scooter oder ein Hoverboard zu nutzen. Nichtsdestotrotz sie aber aufgrund ihrer Praktikabilität und Handlichkeit derzeit schon illegal genutzt - nur unversichert und vorschriftenlos. Das gefährdet eher den Straßenverkehr. Daher ist uns Freien Demokraten die starre Haltung der Bundesregierung zur Nutzung von Elektrokleinstfahrzeuge völlig unverständlich. Diese lässt weder Spielraum für künftige Mobilitäts-Modelle noch Innovationen am Markt.

Wir fordern, dass die pauschale Geschwindigkeitsbegrenzung von Elektrokleinstfahrzeugen auf maximal 20 Stundenkilometer abgeschafft wird. Sonst werden Hoverboards und Co. eher zu einem Verkehrshindernis, wenn selbst Fahrräder schneller fahren könnten und auch E-Fahrräder mit bis zu 25 Stundenkilometer führerscheinfrei genutzt werden dürfen. Auch eine Verpflichtung zu einer Lenk- oder Haltestange muss endlich gestrichen werden, denn es gibt bereits Modelle, an denen eine solche Stange nicht angebracht werden kann. Sämtliche Elektrokleinstfahrzeuge ohne Haltestange würden mit Einführung einer solchen Regulierung illegal bleiben, was wir weder aus rechtlichen noch aus wirtschaftlichen Interessen unterstützen. Viel besser wäre es unserer Ansicht nach, eine Klassifizierung vorzunehmen. Dafür schlagen wir Freien Demokraten die Freizeitklasse, die Pendlerklasse und die Sportlerklasse vor. Die Fahrzeuge der Freizeitklasse sollten wie Inline-Skates behandelt werden, also als Nicht-Fahrzeuge gelten und an keine Versicherungspflicht gebunden sein. Die Höchstgeschwindigkeit sollte zwölf Stundenkilometer betragen. Fahrzeuge der Pendlerklasse kann man wie Fahrräder betrachten. Sie wären also Fahrzeuge, benötigten aber keine zusätzliche Versicherung. Die Höchstgeschwindigkeit sollte 25 Stundenkilometer betragen. Zur Sportlerklasse zählen die Kleinstfahrzeuge, die eine hohe Motorleistung aufweisen. Sie wären als Kraftfahrzeuge deklariert und versicherungspflichtig. Die Höchstgeschwindigkeit sollte 45 Stundenkilometer betragen, und sie dürften nur auf der Straße gefahren werden.

Mit einem Klick auf das Bild (unten) gelangen Sie zu einem Video auf Facebook, in dem ich näher darauf eingehe.

Hier der Link zum Antrag.

Innovationsbotschafter entsenden - Digitalisierung trifft auf Diplomatie.

Es ist höchste Zeit, das Deutschland eine Technologieaußenpolitik entwickelt und aus seinem Dörnröschenschlaf erwacht. Technologievorausschau und Technologiebewertung müssen für deutsche Unternehmen möglich gemacht werden. Innovationsbotschafter aus den zuständigen Ressorts können in die Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie (Silicon Valley, Shenzhen, Tel Aviv, Singapur und Daejeon) entsandt werden, um Beziehungen und Netzwerke zwischen der Bundesrepublik und ansässigen Technologieunternehmen zu etablieren und auszubauen. Dann haben unsere Unternehmen auch ein Auge und ein Ohr an den Innovationen des internationalen Marktes. Die deutschen Auslandsvertretungen können hier die Nähe zu führenden Technologieunternehmen suchen und durch die Schaffung digitaler Abteilungen den Austausch mit diesen Unternehmen fördern. So könnte auch der Forschungs- und Fachkräftenachwuchs in einem Austausch mit Deutschland als Arbeitnehmer der Zukunft perspektivisch in innovative Unternehmen.

Hier der Link zum Antrag.

LNG beschäftigt uns weiter - Bernd Buchholz und die AG Sondersitzung

Wir stehen im regelmäßigen Austausch mit den Landesparlamenten und den liberalen Abgeordneten dort. In dieser Woche setzten wir das Thema LNG und mögliche deutsche Standorte für LNG-Terminals auf die Agenda und so konnten wir den schleswig-holsteinischen Wirtschaftsminister Bernd Buchholz in einer Sondersitzung der AG Wirtschaft und Energie begrüßen. Wir sprachen über die LNG-Versorgung Deutschlands, denn uns ist klar, dass der Bedarf in Zukunft weiter steigen wird. Neben Rostock haben auch Brunsbüttel, Wilhelmshaven und Stade das Thema LNG-Ports und die Versorgung der Küstenregionen mit dem alternativen Kraftstoff im Fokus. Wir betonten noch einmal die Wichtigkeit einer technologieoffenen Betrachtung der Energiefrage, die gerade in Umweltbelangen und zur CO2-Reduzierung notwendig sei. Momentan wird LNG als Übergangskraftstoff gesehen, der später durch synthetische und noch umweltschonendere Kraftstoffe ersetzt werden soll. Das heißt aber nicht, dass wir in Deutschland das Thema überspringen. Zahlreiche Unternehmen arbeiten auch hierzulande an Motoren oder setzen LNG-betriebene LKWs oder Fähren ein. Um hier eine geeignete Tank-Infrastruktur zu gewährleisten müssen wir in Deutschland genau schauen, wo LNG gebraucht wird, aber auch die europäische Komponente nicht vergessen - denn in ganz Europa gibt es LNG-Terminals, die in Zukunft immer größer und wichtiger werden.

Aus dem Leben eines Abgeordneten oder wie auch MdBs an ihre Grenzen stoßen.

Als ich am Mittwoch zur Anhörung im Gesundheitsausschuss über die Zulassung von Cannabis als Medikament wollte, zeigte mir die Bundestagsverwaltung auf, dass auch einem Abgeordneten Grenzen gesetzt sind. In diesem Fall durch einen sehr netten, aber strikten Bundestagsmitarbeiter. Erst durch minutenlange Rücksprache mit einer Parteikollegin aus dem Ausschuss, dass ich zu diesem Thema wirklich mitberatend arbeite, wurde ich eingelassen. Mein Mitarbeiter wiederum musste auf die Besuchertribüne. Dort wartete auf ihn in Form der Bundespolizei gleich die nächste Überraschung. Weil wir im Laufschritt zur Anhörung sind, wirkte er wohl etwas gestresst. Das machte die Männer der Bundespolizei nervös. Zum Glück musste ich nicht eingreifen und unser Foto beweist, dass alles geklappt hatte.

Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender Email-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/ anmelden.

Kontaktdaten

Hagen Reinhold, MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten

Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390

hagen.reinhold@bundestag.de

Verantwortlich
Hagen Reinhold, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
E-Mail: hagen.reinhold@bundestag.de, Internet: https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de

Wenn Sie diesen Service nicht mehr nutzen wollen, können Sie ihn hier wieder abmelden.